

Dresdener Volkszeitung

Versandkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufs- und Abbestellungsstelle:
Bank für Arbeiter, Handwerker und
Beamten, R. G. Dresden.
Gebr. Kersch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellungsstelle: Dresdener Volkszeitung, R. G. Dresden, Nr. 1268

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 1268
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftstheke: Wettinerplatz 10, Dresdener Nr. 1268 und 1270
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abbestellungspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatszeitung
1,20 M., die 30 mm breite Monatszeitung 2,00 M., für auswärtige
Anzeigen 40 M. und 2,50 M. für den Anzeigenpreis, Stellen- und
Anzeigen 40 M. und 2,50 M. für den Anzeigenpreis, Stellen- und
Anzeigen 40 M. und 2,50 M. für den Anzeigenpreis, Stellen- und

Nr. 70

Dresden, Donnerstag den 22. März 1928

39. Jahrg.

Bauer und Junker

Schlees geknickte Hoffnungen

1. Ein Unglück kommt selten allein. Das doppelte Unglück der deutschen Landwirtschaft heißt aber Agrarkrise und Reichsernährungsminister Schiele. Wir würden mit der Krise schneller und eher fertig werden, wenn an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums im Reich nicht ein Mann stünde, der den an ihn heranretenden Aufgaben ohne Zweifel nicht gewachsen ist. Als die naheende Agrarkrise im Frühjahr 1927 ihre Schatten vorauswarf, ließen der Reichslandbund und sein Beauftragter im Reichsernährungsministerium die Dinge, trotz allen Warnungen, ruhig an sich herankommen. Hätte man frühzeitig und rechtzeitig alle Kräfte zusammengefaßt, mit dem einen Ziele, die Krise zu mildern und sie sobald als möglich zu überwinden, so wäre der deutschen Landwirtschaft vieles erspart geblieben.

Hier hat der deutschnationale Reichsernährungsminister verfaßt. Er mußte verlagen, denn angesichts der bedenklichen Entwicklung in der Landwirtschaft hatte er nur eine Sorge: Wie kann ich dem Großgrundbesitz helfen, wie kann ich die Situation ausbessern, um die Position des Reichslandbundes zu stärken und die Machtansprüche der Großagrarier zu befriedigen? Ueber diese Sorge vergaß man im Reichsernährungsministerium, daß es neben dem Großgrundbesitz noch einen Bauernstand in Deutschland gibt und daß der kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb ebenso unter der Krise leidet wie der Großbetrieb. Der deutschnationale Ernährungsminister ist eben kein Minister für die Landwirtschaft, sondern ein Minister für den Großgrundbesitz. Deshalb hat Schiele's Politik von Anfang an die Haut des Bauern zu Markte getragen, um dem Junker zu helfen. Schiele's Politik ist so einseitig im Sinne der Großagrarier orientiert, daß sie die notwendige Aktion zur Sanierung der Landwirtschaft droht und gefährdet. Wenn hier das Schlimmste verhütet wurde, so ist das dem in den letzten Wochen auf den Reichslandbund-Demonstrationen so sehr gefährdeten Parlamentarismus und der preußischen Regierung, die eine heimatlose landbündlerische Agitation als Bauernfeind und Bauernschreck hinterließ, zu danken.

Dafür nur ein Beispiel: Zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft hat der Reichstag rund 85 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld ist viel anzufangen, wenn es richtig verwendet wird. Von Anfang an zielten jedoch die Maßnahmen des deutschnationalen Reichsernährungsministers dahin, eine Kontrolle über die Verwendung des Geldes auszufalten und die Verteilung über die Notstandsmittel seinen Freunden in die Hände zu spielen. Man kann es offen aussprechen, der Reichsernährungsminister wollte den kleinen und den mittleren

Landwirt um seinen Anteil drehen. Die fetten Huppen der Staatshilfe sollten dem Großgrundbesitz zugesandt werden und der Bauer sollte sich, wie das so oft in den letzten Jahren in ähnlichen Fällen geschehen ist, mit den Prosamen begnügen. Man hätte so wieder einmal Millionen für bankrotte Großbetriebe verpulvert und dem kleinen Besitzer, dem recht gut zu helfen ist, die leeren Hände und die leeren Taschen gezeigt. Für ihn wäre dann nichts mehr da gewesen.

Man hat dem Reichsernährungsminister und seinen Getreuen aber diesmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. Reichstag und Reichsrat bestanden auf der parlamentarischen Kontrolle dieser Gelder und setzten es durch, daß der Verwendungszweck fest umschrieben wurde und ein Ausschuss darüber wacht, daß die Millionen nicht nur dem Grundbesitz, sondern auch dem kleinen Landwirt zugute kommen. So ganz wird der Reichsernährungsminister allerdings seine Pläne noch nicht ausgegeben haben. Nach den vorliegenden Beschlüssen ist er nämlich beauftragt worden, Richtlinien über die Verwendung des Notstandsfonds aufzustellen. Wir werden diese Richtlinien sehr scharf im Auge behalten und glauben dadurch der deutschen Landwirtschaft als Ganzes zu dienen. Die Öffentlichkeit, die die Gelder für Notstandsaktionen aufbringen muß, hat nur Interesse an einer Sanierung der ganzen Landwirtschaft und nicht an einer Subventionierung des Junkers.

Vorläufig 20. Mai

D. Berlin, 22. März. (Eig. Funk.) Eine eingehende Entscheidung des Reichsministeriums über den vorläufigen Termin für die Neuwahl liegt entgegen anderslautenden Gerüchten bisher noch nicht vor. Die Regierung hält jedoch an dem 20. Mai als dem spätesten Termin fest. In diesem Sinne hat sich der Reichsminister am Mittwoch aus gegenüber dem Abgeordneten Müller (Franken, Soc.) ausgesprochen.

Sozialdemokratische Fortschritte in Holland

Der Jahresbericht der Niederländischen Arbeiterpartei weist für 1927 eine Steigerung der Mitgliederziffern von 43.196 auf 46.169 auf. Auch die Auflage der beiden sozialistischen Blätter 'Het Volk' und 'Voorwaarts' ist im letzten Jahre erheblich gestiegen. Insgesamt verfügt die Niederländische Arbeiterpartei heute über 111 Gemeinderatsitze und 120 Mandate in den Provinzialparlamenten. Das sind im Vergleich zu der Bevölkerungsziffer erfreuliche Zahlen.

Reden in die Zeit

Strefemann über Haß, Presse und Parteien

Herr Strefemann hat ab und zu das Bedürfnis, der Nation ins Gewissen zu reden. Tagegen wäre nichts zu sagen und das könnte ganz fruchtbar sein, wenn solche kritiken am öffentlichen Leben ein bißchen in die Tiefe gingen und bis zu den Ursachen der kritischen Erscheinungen durchzudringen suchten. Aber Herr Strefemann bleibt nur beim Schaum der Dinge. Er sprach gestern auf dem Empfangsabend des Berliner Verbandes der ausländischen Presse, plauderte über die Gasse von heute und erklärte, wenn die Unruhe des Berliner Lebens weiter um sich greife, dann würde sie die geistige Entwicklung, die wir dringend brauchen, töten. Wir alle brauchen die einsamen Stunden der inneren Sammlung.

Alles richtig, nur ist die Unruhe unseres Lebens nicht durch einen Appell zu bannen. Sie stammt aus der kapitalistischen Entwicklung, die auf ihrer gegenwärtigen Stufe die Betriebsamkeit und das Verdienen zum Selbstzweck gemacht hat. Wir stehen noch nicht am Ende dieser Entwicklung, und Berlin verhält sich zu New York noch immer wie eine Sommerfrische zur Großstadt. Ein Blick nach Amerika, wo das kapitalistische Getriebe einige Stufen weiter ist als bei uns, zeigt uns die Häß und Haß des Daseins um einige Windungen höhergeschraubt. Das ist auch unsere Zukunft — und wer die nicht will, wer mehr Harmonie, Sinn und Blamähigkeit vom Dasein fordert, der muß sich schon etwas mehr dem Sozialismus zuwenden, als bürgerliche Staatsmänner von heute zu tun pflegen.

Von der Unruhe des öffentlichen Lebens ging Herr Strefemann auf die „gegenwärtigen Arbeitsmethoden der Presse“ über und wandte sich gegen das ökonomische Erweisen der großen Zeitungen. — Im Bericht heißt es weiter:

Es betrifft, daß es ein Vorteil sei, wenn die Menschen in der Großstadt aller drei Stunden ein neues Blatt in die Hand bekommen. Er erklärte darin einen Rückgang und eine Verflüchtigung an der Kultur des Volkes. Er besagte in diesem Zusammenhang, daß die Zeitungsleser bei uns nicht die ausreichende Bedeutung genießen, und daß geradezu die Frage aufstehe, ob nicht aus den Kreisen der Presse selbst eine retardierende Bewegung gegen diese jegliche Entwicklung einsehen könne.

Auch wir sind der Meinung, daß die Nachrichtenjournalisten, die sich täglich über das Volk ergötzen, nichts zur Hebung der Kultur, nichts zur Entwicklung des inneren Menschen beitragen. Die Ueberaktualität, die jetzt die Presse kultiviert und die sie durch marktschreierische Ueberdrehungen, wiederum nach amerikanischem Muster, mit lächerlichen Schreien auf Volk losläßt, gehört jedoch ebenfalls zum Wüde der kapitalistischen Gesellschaft unserer Zeit. Und es heißt, die Gesetze, die in dieser Entwicklung spielen, völlig zu übersehen, wenn man aus den Kreisen der Presse eine „retardierende Bewegung“ erhofft. Das Gesetz der Kontraktion verweist die Presse vorwärts, wie andre geschäftliche Unternehmungen auf anderem Gebiete. Wer zuerst kommt, glaubt den Leser zuerst zu haben. Wer den von unzähligen Ereignissen abgestumpften Menschen von heute am stärksten anspricht, glaubt ihn am leichtesten für sich zu gewinnen. Aber die „neueste Nachricht“ eine Stunde früher bringt als der andre, glaubt seine Ueberlegenheit bewiesen zu haben. Die Genauigkeit des Berichts ist eine Angelegenheit zweiter Güte. Das Ende ist die amerikanische Zeitung, in der die Ueberschriften beinahe über die ganze erste Seite hinweggehen und die der Blattpfeile ähnlich sieht. Nein, Herr Strefemann, mit stillen Appellen ist da nicht weiterzukommen. Da heißt es etwas tiefer in die Untergründe sozialer Erscheinungen hinabsteigen. Aber da dies zu sozialistischen Auffassungen führt, kann sich solche Exkursionen ein bürgerlicher Staatsmann nicht so leicht gestatten, und so bleiben solche staatsmännliche Ermahnungen nichts als Reden in die Zeit.

Zum Schluß äußerte sich der Außenminister über die Parteien in der Republik und sagte:

Die Parteien sind heute Mitregierende geworden. Wir haben deshalb ein Interesse daran, daß sie den Druck nach Sachlichkeit durchmachen, der jedem Deutschen gegeben ist. Wir haben auch ein Interesse daran, daß in dieser Zeit, in der kapitalistische Mächte viel größeren Einfluß haben als jemals früher, dieser Einfluß nicht zur Geltung kommt in der Zusammenfassung des Reichstags. Deshalb halte ich es für richtig, daß das Reich weitergeht und nicht nur die Kosten für die Sitzungszettel auf sich nimmt. Es ist viel besser, wenn das Reich den Parteien die Unabhängigkeit garantiert, für das Staatswohl wirken zu können, als wenn sie bezüglich dieser Arbeit angewiesen sind auf andere Instanzen, deren unabhingige Unparteilichkeit nicht so gewährleistet sein kann wie beim Reich. Keines Erachtens müßte sich deshalb durchaus darüber bedenken lassen, ob die Wahlkosten für die einzelnen Parteien nach den Wahlen nicht je nach der Stärke der Fraktionen vom Reich ersetzt werden.

Es ist nicht ganz klar, wie sich Herr Strefemann diese Regelung denkt, aber sein Schrei nach Unabhängigkeit von den kapitalistischen Mächten läßt Schlüsse auf den Konflikt innerhalb der Volkspartei zu. Dort regieren diese Mächte und bestimmen, wie bei den deutschnationalen die Zusammensetzung der Listen. Es scheint also, als habe Strefemann hier bereits eine Wahlrede gehalten, mit der er von der kapitalistischen Verbundenheit seiner Partei ablenken wollte.

Die Landbundheke.

Vor den Kulissen.

Hinter den Kulissen.



„Jagt die Regierung zum Teufel!“



„Ich Hoff, sie meinen es doch hoffentlich nicht ernst...“